

(Präsident.)

(A) (Nr. 630.) Desgleichen über Tit. 18 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Erweiterung des Bahnhofes Breitingen-Regis betr.

**Präsident:** Diese fünf Protokollauszüge der Ersten Kammer Nr. 626 bis 630 kommen zu den Akten.

(Nr. 631.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über Kap. 93 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Evangelische Kirchen betr.

(Nr. 632.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition

1. der Vereinigung von Bürgermeistern mittlerer und kleiner Städte und berufsmäßigen Gemeindevorständen und

2. des Vereins sächsischer Gemeindebeamten

wegen Änderung und Ausdehnung des Gesetzes, das Disziplinarverfahren gegen städtische Beamte betreffend, vom 23. August 1878.

(Nr. 633.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation B über die Petition der Stadtgemeinde Wurzen um Beseitigung zweier Wegübergänge.

(Nr. 634.) Desgleichen über die Petition des Gemeinderates zu Langebrück um Herstellung eines besseren Personenbahnhofes und Vergrößerung des Güterbahnhofes in Langebrück.

(B)

(Nr. 635.) Desgleichen über die Petition der Stadtgemeinde Olbernhau und Genossen um Einführung des Hauptbahnbetriebes auf der Linie Neuhäusen-Olbernhau-Pockau-Lengefeld.

(Nr. 636.) Bericht der Gesetzgebungsdeputation über das Königl. Dekret Nr. 32, den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Reichswertzuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1911 betr.

**Präsident:** Diese fünf Anträge und der eine Bericht, Nr. 631 bis 636, kommen zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 637.) Anzeige der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die für ungültig erklärte Petition des Franz Clausnitzer in Langenau unklaren Inhalts.

**Präsident:** Die Anzeige wird gedruckt und verteilt werden.

(Nr. 638.) Protokollauszug der Ersten Kammer über Kap. 64 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Gewerbe- und Dampfesselaufsicht betr.

(Nr. 639.) Desgleichen über Kap. 70 bis 72 des Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1908/09, Landesanstalten, Verwaltung des gemeinschaftlichen

Ministerialgebäudes in Dresden-Neustadt, Allgemeine Ausgaben im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Innern betr.

(Nr. 640.) Desgleichen über die Beschwerde des Invaliden Hermann Bley in Rotschau i. B. gegen die angeblich mangelhaften behördlichen Maßnahmen bei der Aufhebung des Reichsnamens seiner Ehefrau.

(Nr. 641.) Desgleichen über die Petition des Maurermeisters Kurt Hesse in Pirna um Gewährung einer Entschädigung aus Staatsmitteln.

(Nr. 642.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte anderweite Petition des Kohlenhändlers Ernst Günther in Dippelsdorf, angebliche Ansprüche an die Eisenbahnverwaltung von der im Jahre 1900 erfolgten Erweiterung der Haltestelle Dippelsdorf betr.

(Nr. 643.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte anderweite Petition des pensionierten Bureauassistenten Emil Bilz in Rochlitz um Gewährung der Unfallpension.

**Präsident:** Auch diese Protokollauszüge der Ersten Kammer Nr. 638 bis 643 kommen zu den Akten.

(Nr. 644.) Desgleichen über die Petition der Stadtgendarmen zu Dresden, die Aufhebung des zwangsweisen Turnens betr.

**Präsident:** An die Beschwerde- und Petitionsdeputation zur anderweiten Berichterstattung abzugeben.

(Nr. 645.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte anderweite Petition des Militärinvaliden Richard Hugo Steinbach in Langenchursdorf, angebliche Schadenersatzansprüche an den Militärjiskus betr.

**Präsident:** An die Beschwerde- und Petitionsdeputation abzugeben.

Entschuldigt sind für heute die Herren Abgg. Koch und Schwager wegen auswärtiger Deputationsarbeiten, die Herren Abgg. Dr. Löbner, Dr. Schanz und Dr. Zöphel wegen dringender dienstlicher Geschäfte.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, hat der Herr Abg. Merkel zur Abgabe einer Erklärung ums Wort gebeten. Ich gebe ihm dazu das Wort.

Abg. Merkel: Meine Herren! In der öffentlichen Sitzung vom 20. März bei Verhandlung über den Bericht der Rechenschaftsdeputation Druckache Nr. 298 führte der Berichterstatter, Herr Vizepräsident Fräßdorf, im Schlußworte aus: 1. der Abg. Merkel wolle ein größeres Staatsvermögen herausrechnen, als man es